

Antrag: Lebenslanges Lernen: Menschenrecht Bildung

Antragsteller: BeKo 2002

Aufgabe der Schule ist es nicht nur, SchülerInnen auf einen zukünftigen Beruf vorzubereiten, sondern vor allem eine angemessene Allgemeinbildung zu vermitteln und junge Menschen für eine demokratische Gesellschaft fit zu machen. SchülerInnen müssen lernen, mit anderen zusammen zu arbeiten und ihr eigenes Leben selbst zu organisieren.

Schule und Lernen bedeutet aber auch Persönlichkeitsbildung und Erziehung; gegenüber der reinen Wissensvermittlung treten sie jedoch fatalerweise immer mehr in den Hintergrund. Jede Schulform leidet unter diesem dem Zeitgeist entsprechenden Wandel: Die Gymnasien erleben vielerorts einen Ansturm, dem sie weder pädagogisch noch organisatorisch gewachsen sind. SchülerInnen werden wieder ausgesiebt statt gefördert. Die Haupt- und Realschulen verkommen oft zu reinen „Restschulen“, an denen sich alle sammeln dürfen, deren Elternhaus „nicht ehrgeizig genug“ war, um ihren Kindern einen Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen.

Individuelle Förderung statt Schubladendenken

Das dreigliedrige Schulsystem, bei dem SchülerInnen als dumm, mittel oder klug (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) eingeordnet werden, ist nicht nur zutiefst ungerecht, sondern auch eine pädagogische Dummheit. Es ist erstens völlig abwegig anzunehmen, SchülerInnen seien in allen Fächern gut oder in allen Fächern schlecht. Zweitens ist es unmöglich, die tatsächlichen Möglichkeiten und Begabungen eines Menschen im zehnten Lebensjahr zu beurteilen. Das Physikgenie mit der Rechtschreibschwäche gehört nicht in die Hauptschule, die durchschnittliche Schülerin, die Probleme mit Geschichte und Biologie hat, muss deshalb nicht um den Besuch des Gymnasiums zittern müssen. Wir Jutos wollen, dass alle SchülerInnen individuell gefördert werden. Wer in einem Fach Probleme hat, soll an der Schule im betreffenden Fach besonders gefördert werden. Die meisten anderen Industrieländer haben das dreigliedrige Schulsystem schon vor Jahrzehnten hinter sich gelassen, nur in Deutschland wird dieses Fossil aus Kaisers Zeiten noch künstlich am Leben erhalten. Wir wollen die größtmögliche Durchlässigkeit zwischen allen Bildungsgängen.

Reform der Schulstruktur

Trotz vieler Erfolge müssen Gesamtschulen oft gegen den Makel ankämpfen, Auffangbecken für diejenigen zu sein, die es am Gymnasium nicht geschafft haben. Die Gesamtschule konnte sich ohne gesetzgeberisches Eingreifen neben dem dreigliedrigen Schulsystem langfristig nicht durchsetzen. Die strukturellen Probleme, die sich aus dem Nebeneinander des alten und neuen Schulsystems ergeben haben, werden sich nicht von selbst lösen. Das Ergebnis ist ein sinkender Anteil der HochschülerInnen aus sozial schwachen Familien, eine Ghettoisierung vieler Haupt- und Realschulen und folglich ein Ansturm auf das Gymnasium. Auf der Strecke bleiben die Schülerinnen und Schüler, die immer seltener die ihnen zustehende individuelle Förderung erhalten können.

Die übermäßigen Spannungen im dreigliedrigen Teil des Schulsystems müssen abgemildert werden, zum Beispiel durch die Ausdehnung der Grundschule auf sechs Jahre, die Einführung von Förderkursen und punktueller Leistungsdifferenzierung in Realschulen und Gymnasien.

Demokratie in der Schule

Demokratie soll in der Schule nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden. Im Gesellschaftskundeunterricht soll den SchülerInnen Teilhabe und Mitarbeit an der Demokratie nahegelegt werden. SchülerInnen sollten schon in der Schule erfahren, dass

es der Gesellschaft ernst ist damit. Ihr Wort muß Gewicht haben, sonst re-signieren sie und ziehen ihr Engagement zurück. Durch weitergehende Kompetenzen der Schülervertretungen können SchülerInnen viel eher dazu bewegt werden, sich an der Schule zu engagieren. Nicht zuletzt sind die Erfahrungen, die hier gemacht werden auch prägend für das Verhalten in der Demokratie, auch lange nach der Schulzeit.

Toleranz

Jugendliche und Kinder müssen vorurteilsfrei aufwachsen. Die Grundlage dafür muss in den Schulen gelegt werden. Lernziel muss mehr als je zuvor das Verstehen und der tolerante Umgang mit dem Anderen, dem Fremden sein. Sei es der Umgang mit Menschen aus fremden Kulturen, mit Menschen, die anders aussehen, die eine Behinderung haben oder mit Menschen, die eine andere sexuelle Identität haben. SchülerInnen sollen diese Menschen als das begreifen, was sie sind: gleich-berechtigter und selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft.

Notwendig ist eine Vermittlung der Unterrichtsinhalte aus einer neutralen Position. LehrerInnen obliegt die Aufgabe, den SchülerInnen die sozialen, philosophischen und ethischen Probleme – und damit gegenseitiges Verständnis – zu vermitteln.

Wir wollen Strukturen verändern. Behinderten muss der Zugang zu allgemeinbildenden Schulen vereinfacht werden, der Sexual- und Biologieunterricht muss umstrukturiert werden, der Sozial- und Gesellschaftskunde muss das Selbstverständnis einer solidarischen und sozialen Gesellschaft fördern.

Hochschulen

Die Krise der Hochschulen ist seit Jahren ein öffentliches Thema. Die knappen finanziellen Mittel für die Hochschulen werden als Begründung für eine verstärkte Strukturreform herangezogen. Die Hochschulen antworten auf diesen Druck häufig mit einer Verstärkung der hierarchischen Strukturen. Reformvorstellungen werden überwiegend unter dem Label technischer Optimierung diskutiert, ohne dabei den Ort von Bildung, Wissenschaft und Forschung im 21. Jahrhundert zu definieren. Der Beitrag der Hochschulen zur Verschärfung der öko-logischen und sozialen Risikolagen bleibt unreflektiert. Die einzige vernehmbare Botschaft der Hochschulen lautet Effizienz von Forschung und Lehre.

Betriebswirtschaft als Leitwissenschaft?

Die gegenwärtig offenbar mehrheits- und durchsetzungsfähige offizielle Hochschulpolitik steht ausschließlich im Zeichen einer betriebswirtschaftlichen Optimierungs-, Verbilligungs- und Beschleunigungsstrategie. Mit dieser Politik werden allerdings keine Lösungen formuliert, sondern vielmehr die soziale Hierarchisierung innerhalb des Wissenschafts- und Bildungssystems verschärft. Es ist kein Zufall, dass der offizielle Hauptansatz der Hochschulpolitik die Studienzeit ist. Dabei kann zwischen der Studienzeitdauer und der beruflich-fachlichen Relevanz kein Zusammenhang nachgewiesen werden. Einerseits lassen sich über die Studienzeitdebatte populistisch Schuldzuweisungen treffen, ohne die eigene Veränderungsnotwendigkeit einzugestehen und andererseits die Akzeptanz für Selektionsmechanismen an den Hochschulen vergrößern helfen.

Die Leistungsfähigkeit der Hochschule erhält damit aber auch einen fatalen Gradmesser. Eine Hochschule wäre demnach nur leistungsfähig, wenn möglichst viele Studierende in kürzester Zeit einen Abschluss erreichen. Anhand einer solchen Erfolgsbilanz werden anschließend Personal- und Mittelzuweisungen vorgenommen. Eine solche Betrachtungsweise hat zwei Konsequenzen. Erstens werden die Hochschulen durch soziale Selektion, auch in Folge des Abbaus von Ausbildungsförderung insbesondere für die allgemeinbildenden Schulen, zu Eliteanstalten und zweitens haben inhaltliche Kriterien wie

die Qualifizierung der AbsolventInnen keinen Raum bei dieser Beurteilung der Leistungsfähigkeit.

Die Entwicklung neuer Steuerungsmodellen konzentriert sich bisher wesentlich auf die stärkere Hierarchisierung der universitären Selbstverwaltung, das Image der Reformunfähigkeit zu umgehen. In der Regel wird die Hochschule weiter aus der gesellschaftlichen Verantwortung herausgezogen, weil der Grad an Transparenz und Einbindung abnimmt. Statt dessen muss die demokratische Einflussnahme der Studierenden an den Hochschulen verstärkt werden.

Hochschulen sind der einzige Ort öffentlich verfasster Wissenschaft und somit politisch regulierbar. Aus diesem Grund ist auch die zunehmende Tendenz zu Budgetierung im Rahmen von Globalhaushalten der falsche Weg. Autonomie von Hochschule bedeutet nicht, dass sich der Staat mit seinen demokratisch legitimierten Entscheidungsorganen aus der Hochschule zurückzieht.

Der gesellschaftliche Ort von Wissenschaft und Forschung

Die Hochschulen müssen sich in allen Funktionen stärker an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren. Die gesellschaftliche Bewältigung der globalen Risikolagen erfordert einen sozial-ökologischen Umbau, der den jahrzehntelange Konsens, der einen Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischen Fortschritt, ökonomischen Wachstum und sozialem Fortschritt sieht, ablöst. Aus dieser Anforderungen ergeben sich zentrale Fragestellungen an Wissenschaft und Forschung. Sie sollen sich an folgenden Fragestellungen orientieren:

- Konsequente Beachtung ökologischer, aber auch ethischer Anforderungen insbesondere in Natur- und Ingenieurwissenschaften.
- die Verhinderung unerwünschter sozialer Folgen, die Herstellung sozialer Beherrschung, d.h. insbesondere eine Folgenabschätzung und die Einführung bindender sozialer Standards beim Umgang mit Forschung sowie die Förderung menschenfreundlicher Gestaltung von Wissenschaft und Technologie.
- Soziale, ökologische und demokratische Entwicklungsmodelle für das Nord/Süd-Verhältnis sowie innerhalb der hochindustrialisierten Länder.
- Der Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierung muss mit gleichstellungspolitischen Forschungsschwerpunkten in allen Bereichen einhergehen.

Studienfinanzierung

Wir wollen die elternunabhängige Förderung aller Studierenden. Dazu sollen das Kindergeld sowie die Kinderfreibeträge und Ausbildungsfreibeträge zu einem einheitlichen System des Familienlastenausgleichs für die Ausbildung zusammengefasst werden. Die Umgestaltung des Familienlastenausgleichs muss in die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eingebunden sein.

Studierende sollen mit der Endphase ihres Studiums die Möglichkeit einer Abschlussförderung in Anspruch nehmen können. Die Tatsache, dass früheren EmpfängerInnen ein durchschnittlich erheblich schnellerer Studienabschluss ermöglicht wurde, rechtfertigt die Wiedereinführung.

Um eine Anpassung der Bedarfssätze an die realen Bedürfnisse zu gewährleisten, soll der Bedarf künftig in regelmäßigen Abständen anhand eines studentischen Warenkorb berechnet werden, der sich an der gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung orientiert.

Die zusätzliche Anforderung von Studierenden durch Kindererziehung und die Belastung durch einen höheren finanziellen Bedarf muss sich in der Förderungsdauer und -höhe niederschlagen.

Die Förderung eines Auslandsstudiums sollte neben der besonderen Förderung bis zu zwei Semestern auch die Möglichkeit eröffnen, ein gesamtes Studium im Ausland zu absolvieren und dafür im selben zeitlichen Rahmen und finanziellen Umfang wie in Deutschland eine Förderung erhalten zu können.

Die Tätigkeit von Bafög-EmpfängerInnen in den Hochschulgremien und der studentischen Selbstverwaltung muss sich in gewissem Umfang auf eine Erhöhung der Förderdauer auswirken.

Verbot von Studiengebühren

Studiengebühren lehnen wir kategorisch ab. Der freie und kostenlose Zugang für alle Bildungseinrichtungen muss gegeben sein, ein gesetzliches Verbot von Studiengebühren gehört richtiger Weise ins Hochschulrahmengesetz.

Der Weg zur Wissensgesellschaft

Lebenslanges Lernen bedeutet nicht nur, auf wechselnde berufliche Anforderungen flexibel reagieren zu können. Lebenslanges Lernen bedeutet, an gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben zu können. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen. Informations- und Wissensmanagement sowie die Fähigkeit zur Textkritik, die zudem noch Hintergrundwissen erfordert, sind grundsätzlichere Kulturtechniken und können nur durch gute Schulbildung vermittelt werden. Gut bedeutet hier nicht allein eine gute technische Ausstattung der Unterrichtsstätte, sondern hochqualifizierte LehrerInnen, diskursive Lernprozesse, die Kritikfähigkeit und den Umgang mit den sozialen und emotionalen Folgen von Massenmedien und Datennetzen vermitteln können.

Internet und Massenmedien

Das Internet ist ein Kommunikations- und Informationssystem und damit grundsätzlich geeignet, demokratische Prozesse zu unterstützen. Es kann Strukturen wie allgemeine Bildung, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Ethik jedoch nicht ersetzen. Ohne gesellschaftliches Fundament ist der Einsatz von Technologie wertlos. Technologie wiederum kann soziale und kulturelle Entwicklungen nicht ersetzen.

Solange das Internet vor allem ein Instrument des kommerziellen Profits ist, wird die Demokratie nicht profitieren können, denn sie wirft keinen geldbringenden Nutzen ab. Je komplexer und unüberschaubarer Informationssysteme werden, desto mehr gesellschaftliche Kontrolle ist notwendig.

Zukünftig werden die Dienste Radio, Fernsehen, Telefon, Internet und sonstige Datenübermittlung zu einem breiten, auf Standleitungen und Datenpaketen basierten Multimedia/Multiapplikations-Dienst verschmelzen. Deshalb ist es wichtig, dass für alle ein ungehinderter Zugang zu diesem Netz, seinen Protokollen und technischen Standards möglich ist. Dies erfordert den Zwang zur Offenlegung von Netzstandards und -protokollen sowie die gesellschaftliche Kontrolle der Infrastruktur von Datennetzen.

Wir bekennen uns zu dem System öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und lehnen jegliche Beschneidung des Programmauftrages ab. Wir fordern die Fortentwicklung der Rundfunkanstalten zu Medienanstalten des öffentlichen Rechts.

Zentren des Wissens

Eine Gesellschaft, in der Individualismus mehr sein soll als zusammengeballter Egoismus, muss neben der sozialen Absicherung auch die Räume und Medien zur Kommunikation bereitstellen. Wir fordern daher den Aufbau von Zentren des Wissens. Darunter sind öffentlich zugängliche Einrichtungen zu verstehen, in denen allen Menschen Kommunikationstechnologien und Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die

Vorstellung einer "High-Tech-Stadtbücherei" mit integrierter Volkshochschule kommt dieser Idee durchaus nahe.

Wenn in diesem Zusammenhang die Universitäten und Hochschulen aus ihrem abgeschotteten Dasein erlöst, ihren elitären Charakter verlieren, mit dem realen Leben konfrontiert und mit Funktionen öffentlicher Dienstleistung versehen werden, bedeutet dies einen zweifachen Fortschritt. Eine Differenzierung zwischen informativen und bildenden Bestandteilen auf der einen, und unterhaltenden, kommerziell ausgerichteten Angeboten auf der anderen Seite macht auch hier die Möglichkeiten von öffentlich-rechtlich gebundenen, aber privater Initiative nicht verschlossenen Institutionen deutlich.

Bildung ist kein Kostenfaktor

Unsere Generation muss enorme soziale und ökologische Probleme lösen. Soziales und ökologisches Denken und Lernen, die Fähigkeit, Probleme zu verstehen und Konfliktlösungskompetenz müssen die entscheidenden Kriterien für eine Neubewertung des Lernbegriffs werden.

Bildung ist für uns nicht einfach ein Faktor zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Bildung ist für uns Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Fortentwicklung und kann deshalb nicht nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet werden.

Bildung ist Bestandteil der Gesellschaft. Ohne Reform der Bildung ist längerfristig keine Gesellschaftsreform möglich.